

8. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 02.11.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder nach § 30 Abs. 2 GemO**

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Monika Kabs, verpflichtet mit Handschlag die neuen anwesenden Mitglieder und Stellvertreter des Kulturausschusses, Rainer Moster (UfS) und Stefanie Göltz (SPD). Sie weist auf die einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung sowie die Geschäftsordnung des Stadtrates hin.

**Gegenstand: Berufung einer Expertenkommission zur Untersuchung der Speyerer Straßennamen**

[Vorlage: 1256/2022](#)

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Dr. Lenelotte Möller, stellvertretende Vorsitzende des Historischen Vereins der Pfalz, die das von ihr dem Stadtvorstand vorgeschlagene Konzept zur Berufung einer Expertenkommission zur Untersuchung der Speyerer Straßennamen vorstellt.

Die Referentin stellt die Vorlage vor und beruft sich dabei auf eine Handreichung des Deutschen Städtetages 2021 (DST) zu Straßennamen sowie verschiedenen Abschlussberichten bereits erfolgter Untersuchungen in anderen Städten (bspw. Hamburg und Karlsruhe). Sie geht hier insbesondere auf die empfohlene Zusammensetzung der Expertenkommission sowie das Bewertungsschema inkl. Handlungsempfehlungen, welche in der Vorlage nicht detailliert skizziert sind, ein.

Bei der Durchsicht der vollständigen Liste aller Straßennamen werden zunächst diejenigen gestrichen, die gar nicht untersucht werden müssen, also wertneutrale Namen wie z.B. Vögel, Blumen und Flure.

Die übrigen Namen werden in vier Stufen eingeordnet:

- (1) unbelastet: Name bleibt, kein Handlungsbedarf, Kommentierung dennoch möglich
- (2) würde heute nicht mehr gewählt werden und
- (3) belastet, diskussionswürdig, Abwägung erforderlich: Kontextualisierung durch Anbringung einer Erklärungstafel unter Berücksichtigung der Richtlinien für Straßenschilder
- (4) schwer belastet, Benennung des Straßennamens nicht verantwortbar: Umbenennung dringend empfohlen

Als problematisches, kritikwürdiges Verhalten sind dabei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, antidemokratische Haltung, Verfolgung von Minderheiten, nationalsozialistische Taten u.v.a. zu bewerten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Michael Wagner, CDU, untermauert Dr. Möller nochmals die Relevanz der Durchsicht aller vergebenen Straßennamen, um die Gefahr des gegeneinander Aufwiegens von Namensgebern und deren jeweiligen Problematiken sowie zusätzliche Konflikte zu vermeiden.

Helmut Stickl, Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, wer die Expertenkommission beruft. Die Referentin erläutert, dass zunächst der Stadtratsbeschluss erforderlich ist und daraufhin eine Expertenkommission üblicherweise von der Stadtspitze berufen wird. Fachbereichsleiter Dr. Matthias Nowack ergänzt, dass die Kommission mit 3 Personen bewusst klein gehalten und auf jeden Fall ein\*e Mitarbeiter\*in des Stadtarchivs berufen werden soll.

Ausschussmitglied Maria Franz, SWG, fragt nach, wie der Russenweiher einzuordnen ist und welche Konsequenz das für die Benennung einer Straße „Am Russenweiher“ hat.

Dr. Möller erklärt, dass bei der Bewertung der Namen grundsätzlich auch die Entstehung, also der Urheber des Vorschlags und die Begründung sowie die Motive der Abstimmenden berücksichtigt werden müssen. Je nachdem, ob die Intention positiv oder negativ bewertet wird, fällt dann die Entscheidung über das weitere Vorgehen aus.

Petra Fischer-Wolfert, Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, auf welchen Zeitraum sich die Expertenonorare von 9.000 Euro beziehen. Die Referentin rechnet mit einer Bearbeitungszeit von maximal zwei Jahren, für die die Expert\*innen einen Werkvertrag erhalten.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage einstimmig zu und empfiehlt dem Stadtrat die Einrichtung einer kleinen Expertenkommission zur systematischen Untersuchung der Speyerer Straßennamen.

**Gegenstand: Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebührenerhebung der Musikschule der Stadt Speyer sowie die Anpassung der Honorare für die Lehrkräfte der Musikschule**  
**[Vorlage: 1257/2022](#)**

Bürgermeisterin Kabs stellt die Vorlage vor und bedankt sich in diesem Zusammenhang bei Bernhard Sperrfechter, dem Leiter der Musikschule, für die gute Arbeit, die zu einer positiven Entwicklung der städtischen Einrichtung geführt hat.

Bernhard Sperrfechter betont, dass der Dank insbesondere auch den Lehrkräften gebührt, die die Arbeit mittragen, der Druck diese in Speyer zu halten aufgrund der niedrigen Honorare jedoch sehr hoch ist.

Floris Wittner, Linke, fragt nach, ob anlässlich der Erhöhung Kostenreduktionen für Einkommensschwache vorgesehen sind, um diesen weiterhin den Musikunterricht zu ermöglichen und wann die nächste Erhöhung geplant ist.

Bernhard Sperrfechter erläutert, dass es dieses Entgegenkommen schon seit langer Zeit gibt und Familien ab dem 2. Kind 25% sowie ab dem 3. Kind 50% Nachlass gewährt wird. Ebenso erhalten Sozialleistungsempfänger sowie Asylbegehrende 50% Nachlass.

Die Erhöhung erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss vom 12.05.2016 jährlich, wurde in den vergangenen 3 Jahren aufgrund der Coronapandemie jedoch ausgesetzt.

Ausschussmitglied Helmut Stickl, Bündnis 90/Die Grünen, hält eine Festanstellung der Lehrkräfte für erstrebenswert und fragt nach, wie hoch der Kostenunterschied im Vergleich von Honorarkräften zu Festangestellten ist.

Der Leiter der Musikschule erläutert, dass aufgrund der Entwicklungen der vergangenen Jahre hier nun konkrete Zahlen vorliegen. Durch die Schaffung von bisher 4 Stellen wurden jährlich rund 55.000 Euro weniger Honorare ausgezahlt demgegenüber steht ein Plus von rund 100.000 Euro bei den Gehältern. Sowohl er als auch Bürgermeisterin Kabs betonen, dass sie sich weiterhin für mehr festangestellte Lehrkräfte an der Musikschule einsetzen werden, da das Ziel dabei ist, gute Lehrkräfte an Speyer zu binden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage einstimmig zu und empfiehlt dem Stadtrat die entsprechende Beschlussfassung.

**Gegenstand: Verteilung der Kulturfördermittel 2023**  
**[Vorlage: 1258/2022](#)**

Die Vorsitzende stellt den Vorschlag der Verwaltung zur Verteilung der Kulturfördermittel 2023 vor.

Zum Vorschlag zur Verteilung der Projektfördermittel gibt es seitens der Ausschussmitglieder Rückfragen.

Sowohl Henri Franck, SPD, als auch Petra Fischer-Wolfert, Bündnis 90/Die Grünen bitten die Verwaltung um eine Erläuterung, warum nur bei den Positionen 5 (Vinylclub) und 6 (Die Stadtstreicher) weniger Mittel als beantragt bewilligt werden.

Dr. Nowack erläutert, dass die zur Verfügung stehenden Mittel gedeckelt sind und die Verwaltung nur einen Vorschlag unterbreitet, der dem Ausschuss zur Diskussion gestellt wird. Gegenvorschläge werden gerne angenommen. Anke Illg, Abteilungsleiterin des Kulturbüros, ergänzt, dass es sich um zwei relativ neue Gruppierungen handelt, die bei den beantragten Veranstaltungen sogar zusammenarbeiten und somit für die geplanten Projekte eigentlich sogar mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden als bei anderen.

Floris Wittner, Linke, weist auf einen Rechenfehler in der Vorlage hin. Die Summe der beantragten Mittel kann nicht stimmen, da nicht allen Antragstellern die beantragte Summe in voller Höhe gewährt wird.

Die Nachprüfung der Verwaltung ergibt, dass sich die Summe der beantragten Mittel auf 25.222 Euro beläuft. Demgegenüber stehen die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 24.800 Euro.

Die Ausschussmitglieder Helmut Stickl, Bündnis 90/Die Grünen, und Holger Grimm, CDU, fragen nach wie die Resonanz auf das im Jahr 2021 eingeführte zweisäulige Fördermodell, bestehend aus einer Basisförderung sowie einer Projektförderung, ist und ob nach den Erfahrungen der Verwaltung der Bedarf einer Überarbeitung besteht. Weiterhin findet es Holger Grimm, CDU, auffällig, dass der Kreis der Antragssteller immer relativ gleichbleibend ist und möchte wissen, ob die Verwaltung die Kulturförderung aktiv bewirbt.

Anke Illg berichtet, dass die Änderungen nach einigen Anlaufschwierigkeiten inzwischen relativ gut angenommen werden und ggf. im nächsten Jahr kleinere konkretisierende textliche Änderungen vorgenommen werden müssen. Aktuell wird darauf verzichtet, da die Umstellung mit der Corona-Pandemie zusammenfiel und es bisher kein regulär durchgeführtes Kulturförderjahr gab. Die Verwaltung ruft alle Kulturschaffenden per Mail zur Antragstellung auf und weist auch in persönlichen Gesprächen mit einzelnen Institutionen darauf hin.

**Beschluss:**

Der Ausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

**Gegenstand: Skulpturengarten; Information der Verwaltung**

Die Vorsitzende berichtet, dass der Skulpturengarten in der Sämergasse, der in den vergangenen Jahren auch immer wieder Thema im Kulturausschuss war, wieder zugänglich gemacht und als grüne Oase in der Innenstadt hergerichtet werden soll. Dazu gab es einen Ortstermin mit Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler, Bürgermeisterin Monika Kabs, Fachbereichsleiter Dr. Matthias Nowack, sowie den Abteilungsleiterinnen Technisches Gebäudemanagement Ilona Bast und Stadtgrün Sabine Wilke.

Das Hauptproblem sind die Eigentumsverhältnisse. Die Stadt ist nicht alleiniger Eigentümer des Areals, ein Teil gehört dem Parkhausbetreiber und ein Teil der GEWO.

In einem ersten Schritt soll gemeinsam mit der Verkehrsabteilung eine Lösung für die Autos der IBF im vorderen Teil gefunden werden. Im Anschluss daran wird die Abt. 550 (Grünflächenplanung) eine Überplanung des städtischen Areals erstellen. Geplant ist, einige Skulpturen aus dem hinteren, nicht im Eigentum der Stadt befindlichen, in den vorderen Bereich zu übersiedeln und mit Sitz- und Spielgelegenheiten zu ergänzen.

Maria Franz, SWG, fragt an ob eine ehrenamtliche Betreuung und Pflege des Skulpturengartens durch den Künstlerbund möglich sei.

Ausschuss- und Künstlerbundmitglied Holger Grimm, CDU, berichtet aus Erfahrung der letzten Jahre, dass das Hauptproblem bei der Pflege die schwierigen Eigentumsverhältnisse sind, weshalb zuletzt keine sinnvolle und kontinuierliche Pflege möglich war. Er begrüßt daher die geplante Trennung der verschiedenen Eigentumsbereiche.

Petra Fischer-Wolfert, Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, ob im Zuge der Überplanung eine Entsiegelung angedacht ist.

Bürgermeisterin Monika Kabs erläutert, dass der im Eigentum der Stadt befindliche Bereich gar nicht versiegelt ist.

**Gegenstand: Halbjahresprogramm Kultur 2023; (Tischvorlage)**  
**Vorlage: 1259/2022**

Die Vorsitzende stellt die Tischvorlage vor und weist auf die kommenden Ausstellungen in der Städtischen Galerie, Druckerwochenenden in der Winkeldruckerey, die literarische Reihe „SPEYER.LIT - Lesung. Performance. Livemusik“ sowie das neue Kammermusikfest für zeitgenössische und klassische Musik „Speyer RESONANZEN“ hin.

Dr. Nowack erläutert das neue Kammermusikfest, das als Nachfolgeprojekt für die Speyerer Rathauskonzerte und die Speyerer Kontrapunkte geplant ist ausführlicher. Dabei geht er zum einen auf die verpflichteten Künstler\*innen als auch auf die mit dem Projekt verfolgten Ziele ein.

Der Kulturausschuss nimmt die geplanten Veranstaltungen zustimmend zur Kenntnis.

## 8. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 02.11.2022

### Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

---

#### **Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

Da es seitens der Verwaltung keine weiteren Informationen und seitens der Ausschussmitglieder keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Bürgermeisterin Kabs den offiziellen Teil der Sitzung.

Sie lädt die Ausschussmitglieder ein, die Gelegenheit zu nutzen und das Angebot eines geführten Rundgangs durch die Sonderausstellung „Künstlerpaare der Moderne“ von Kustodin Maria Leitmeyer anzunehmen.

8. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 02.11.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

---

**Gegenstand: Rundgang durch die Sonderausstellung "Künstlerpaare der Moderne" (Maria Leitmeyer, Kustodin)**

Protokollierung siehe TOP 7;

8. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 02.11.2022



8. Sitzung des Kulturausschusses 02.11.2022 **Monika Kabs**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!